2017/06 Lifestyle

https://jungle.world/artikel/2017/06/stadtluft-macht-unfrei

Megastädte und Urbanisierung in China

Stadtluft macht unfrei

Von **Felix Wemheuer**

In China gibt es 15 Megastädte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern. Insgesamt leben dort mehr als 260 Millionen Menschen. Nun plant die Regierung, bis 2030 die neue Megametropole Jing-Jin-Ji zu schaffen, in der die Städte Peking und Tianjin sowie die Provinz Hebei verschmelzen sollen.

Die chinesische Regierung unter Präsident Xi Jinping hat ambitionierte Pläne. Dem offiziellen »chinesischen Traum« zufolge soll das Land im Jahr 2049, zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik, ein vollentwickelter moderner Industriestaat sein. Unter Moderne stellt sich die Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) vor allem eine urbanisierte Gesellschaft vor. Als die KPCh 1978 die Reform- und Öffnungspolitik begann, lebten nur 18 Prozent der Chinesen in Städten. Im Jahr 2011 übertraf die Zahl der Stadtbewohner erstmals die der Landbewohner.

Am deutlichsten sichtbar wird dieser Prozess an Shanghai, dessen Einwohnerzahl auf über 14 Millionen in der Stadt selbst und 23 Millionen in der Metropolregion geschätzt wird. In der Hauptstadt Peking sollen zwölf Millionen in der Stadt sowie circa 20 Millionen in der Metropolregion leben. Wie viele Menschen genau in den Städten wohnen, weiß niemand. In China gibt es ein Haushaltsregistersystem, das die Bevölkerung in die Kategorien »nicht agrarisch« und »agrarisch« teilt. Die Bürger werden zunächst an ihrem Geburtsort registriert. Wer als »agrarisch« kategorisiert ist, hat ein Anrecht auf die Zuteilung von Land zur Nutzung, aber keinen kostenlosen Zugang zum städtischen Sozial- und Bildungssystem. Da es sehr kompliziert und kostspielig ist, sein Haushaltsregister zu ändern, meldet sich die sogenannte schwarze Bevölkerung in den Städten erst gar nicht an.

Das bisherige Wachstum der Städte reicht der Regierung nicht aus. Dem Nationalen Programm für neuartige Urbanisierung zufolge sollen bis 2020 60 Prozent der Chinesen in der Stadt wohnen. Das wären 100 Millionen Menschen zusätzlich im Vergleich zu 2014, als das Programm begann. Neu ist, dass man ländlichen Migranten schrittweise Zugang zum städtischen Bildungs- und Gesundheitssystem sowie zu Sozialleistungen ermöglichen will. Bisher kamen viele ländliche Migranten mittleren Alters nur als Arbeitskräfte in die Städte, ließen aber ihre schulpflichtigen Kinder bei den Großeltern auf den Dörfern. Wenn die Kinder doch mitkamen, konnten sie häufig nur Privatschulen für ländliche Migranten

besuchen, die in Ausstattung und Niveau den öffentlichen städtischen Schulen deutlich unterlegen sind.
Da die Preise für Eigentumswohnungen und die Mieten in astronomische Höhen gestiegen sind, plant die Regierung, subventionierten Wohnraum stark auszubauen. Von der generellen Abschaffung des Haushaltsregisters ist zwar keine Rede, doch einige Megastädte experimentieren mit der Vergabe des städtischen Haushaltsregisters an ländliche Migranten. Außerdem soll ein einheitlicher Markt für städtisches und ländliches Bauland geschaffen werden. Gemäß der Verfassung gehört der städtische Boden dem Staat und der ländliche Boden dem Kollektiv, vertreten durch die Dorfregierung. Während in Gesellschaften mit Privateigentum an Grund und Boden Eigentümer von Land in günstiger Lage mit der Ausdehnung der Städte zu Millionären werden, ist das in China nicht der Fall. Bisher konnten sich lokale Behörden bereichern, indem sie Agrar- als Stadtland klassifizierten. Die Bauern bekommen meist nur geringe Entschädigungen für den Verlust ihrer Nutzungsrechte, während das Land zu einem vielfach höheren Preis an Investoren verpachtet wird. Mit der Vereinheitlichung des Marktes für Bauland will die Zentralregierung dieser Praxis ieinen Riegel vorschieben.
Teil des Plans für die beschleunigte Urbanisierung ist Jing-Jin-Ji. Mit der Zusammenlegung von Peking, Tianjin und Hebei soll eine neue effiziente Infrastruktur entstehen. Allein neun neue Bahnprojekte sollen bis 2020 eine Gesamtstrecke von 1 110 Kilometern schaffen. Die chinesische Regierung hofft, mit der neuen Megametropole die Umweltprobleme Pekings, etwa die Luftverschmutzung, zu entschärfen. Über 1 200 Industriebetriebe sollen aus der Hauptstadt ausgelagert werden. Die Luftverschmutzung Pekings ist nicht nur in der westlichen Presse, sondern auch in Chinas sozialen Medien ein Dauerthema. Um die Bereitschaft der Bewohner der Zentren zu erhöhen, an die Ränder zu ziehen, soll durch Auslagerungen und Neubau dort eine attraktive Infrastruktur von Schulen, Einkaufszentren, Krankenhäusern und Universitäten entstehen.
Ein Beispiel dafür ist bereits jetzt die Stadt Tongzhou. 2010 hatte das für chinesische Verhältnisse eher verschlafene Nest knapp über eine Million Einwohner. Familien mit mittlerem Einkommen konnten sich dort Eigentumswohnungen leisten und mit der neuen Straßenbahn nach Peking pendeln. Seit verkündet wurde, dass Tongzhou zweiter Sitz der Pekinger Stadtregierung wird, schnellen auch hier die Immobilienpreise in die Höhe. 2015 äußerte die Regierung, die Bevölkerungszahl Tongzhous solle zwei Millionen nicht übersteigen.

> Die Eingliederung von Dörfern in Städte ist auch eine politische Entmachtung der Bauern. Sie verlieren nicht nur ihr Land, sondern auch das Recht auf Selbstverwaltung.

Die Kehrseite der beschleunigten Urbanisierung ist die Neuausrichtung der Politik gegenüber den Dörfern. Unter Präsident Hu Jintao (2003–2013) wurde betont, dass die Situation der ländlichen Gesellschaft verbessert werden müsse, damit mehr Bauern auf den Dörfern bleiben. Der Erhalt der kleinbäuerlichen Wirtschaft galt als zentral für die soziale Absicherung und die Nahrungssicherheit Chinas. Damit scheint unter Hus Nachfolger Xi Jinping Schluss zu sein. In den vergangenen Jahren wurde die Verpachtung des Bodennutzungsrechts an Agrarkonzerne enorm erleichtert. Sogenannte Drachenkopf-Unternehmen pachten sich nun von mehreren Dörfern riesige Flächen, um industrielle

Landwirtschaft und Viehzucht zu betreiben. Im besten Fall bekommen die Dorfbewohner hohe Renditen, in schlechten Fällen werden sie von einer Allianz aus korrupten Kadern und städtischen Großunternehmern betrogen.

Die Kleinbauernwirtschaft ist unproduktiv und kann die Megastädte nicht ernähren. Da Kleinbetriebe meist ohnehin zu wenig Gewinn abwerfen, um die Lebenshaltungskosten einer Familie abzudecken, bestellen in vielen Regionen nur noch Menschen von über 60 Jahren die Felder. Der genügsame Selbstversorger ohne Bankkonto und Wohnungskredit, der noch Ideale der Mao-Ära wie Bescheidenheit verinnerlicht hat, ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was sich die chinesische Regierung unter einem modernen Bürger vorstellt. Immer wieder heißt es in offiziellen Dokumenten, die Urbanisierung werde zur Steigerung des Konsums führen, wenn die Menschen Teil der städtischen Wirtschafts- und Finanzkreisläufe werden. So könnten Überkapazitäten abgebaut werden. Die Regierung will den Binnenmarkt entwickeln, um die Abhängigkeit von krisenanfälligen westlichen Märkten zu reduzieren. Wahrscheinlich hat die chinesische Regierung wenig Hoffnung, die ältere Generation nach der Zerstörung der ländlichen Gemeinschaften noch in die städtische Gesellschaft integrieren zu können. Die Jüngeren sollen jedoch durch Weiterbildung den Sprung auf den städtischen Arbeitsmarkt schaffen. Urbanisierung wird auch als Konzentration von »Humankapital« verstanden.

Mit der langfristig geplanten Zerstörung der kleinbäuerlichen Selbstversorgung wird der Druck auf die Dorfbewohner steigen, durch Lohnarbeit zu überleben. Auf den Staat werden höhere Sozialausgaben zukommen, wenn immer mehr Bauern ihre bisherige Lebensgrundlage, den Boden, verlieren. Die Öffnung des städtischen Sozialsystems für Zugezogene scheint daher unvermeidbar.

Die Eingliederung von Dörfern in Städte ist auch eine politische Entmachtung der Bauern. Sie verlieren nicht nur ihr Land, sondern auch das Recht auf Selbstverwaltung. In China dürfen nur die Dorfbewohner ihre Bürgermeister direkt wählen, während in den Städten die Beamten von oben eingesetzt werden. Die Landbevölkerung ist generell einer geringeren staatlichen Kontrolle unterworfen als die Stadtbevölkerung. Die Stadtluft ist in China nicht nur mit Feinstaub verpestet, sondern macht in diesem Sinne auch unfrei.

© Jungle World Verlags GmbH